

Stellungnahme zum TOP "Zukunft des Klinikums" am 30.08.2007 im Rat

Das Klinikum wird in den meisten Bereichen seit Jahren unterhalb der erforderlichen Erhaltung und Entwicklung der Substanz betrieben, sei es der Bausubstanzen oder sei es der technischen und apparativen Ausstattungen. In diesen Jahren wurde immer versucht, die Unterinvestition mit einzelnen Glanzlichtern zu überdecken. Manches Neue bedeutet eine massive Verschlechterung für die Situation nebenan (siehe neues Logistik-Zentrum und neue Parkierungsanlage unmittelbar neben der alten Frauenklinik).

Glanzlichter sind keine angemessene Strukturpolitik und können keine nachhaltigen Lösungen für das Ganze herstellen. Vielmehr signalisieren sie Stückwerk und eine Politik der Notlösungen, die dem Marketing zuliebe oft genug anders ausfällt als es sinnvoll wäre.

Planlosigkeiten in der Entwicklung der komplexen Substanzen und Strukturen gehen nicht nur zu Lasten der Kund/innen – der Patient/innen - die die ständige Ungleichzeitigkeit der Planungs- und Investitionsschritte zu ertragen haben (oder ihr ausweichen, wenn sie das können). Sie geht vor allem auch zu Lasten der Beschäftigten, die diese schwierige Situation in ihrer Tätigkeit – sozusagen nebenbei – mit auszugleichen haben. Für sie bedeutet diese Politik zugleich Arbeitsverdichtung über die Jahre hinweg und ständige Anspannung durch die Adaption immer neuer vorläufiger Strukturen.

Unter diesem Gesichtspunkt erscheint es absolut unerträglich, dass das Gerangel zwischen Kommune und Land um die derzeitig geplante Investition auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden soll. Ich sage deshalb Gerangel, weil da nichts Sachgerechtes diskutiert wird. SPD, Grüne, CDU, FDP zanken sich zwischen Landtag und Rat, weil sie mal Regierung, mal Opposition sind – gäbe es andere Koalitionen, was jederzeit möglich ist, so zankten sie sich eben anders. Aber keineswegs sachgerechter, weder Patient/innen noch Beschäftigte haben sie wirklich im Blick.

Nun soll ein "Notlagentarifvertrag" her. Nicht um die Notlage der Beschäftigten zu lösen – das wäre ja angemessen angesichts ihrer enorm gestiegenen und mit Sicherheit weiter steigenden Belastungen und Verantwortungen im Betrieb. Nein, der soll her, um das Klinikum zu retten – als hätten die Beschäftigten es in eine Notlage reingefahren. Die Schwester, der Pfleger, die Köchin, der Pförtner, die Nachtschichten sollen bezahlen.

Das Management bestellt derweil neue Gutachten, die die Notlage analysieren - und was kriegen die wohl raus? Die Beschäftigten sind zu teuer - sie haben das über, was dem Klinikum fehlt. Es heißt jetzt, das seien peanuts, die Beschäftigten spürten das Opfer doch kaum – da sollten Sie die mal fragen, am besten mit auf den Tisch gelegten Einkommensbescheinigungen, auf beiden Seiten des Tisches. Die Frage der Gewerkschaft ver.di ist nur zu berechtigt: "Sollen die Beschäftigten jetzt auch noch ihren eigenen Personalabbau mit finanzieren?" Die Fraktion "Die Linken im Rat" unterstützt ver.di, den Personalrat und die Beschäftigten bei der Wahrnehmung ihrer Interessen und lehnt den Versuch ab, Investitionen dazu zu benutzen, verhandelte Tarife auszuhebeln und in die Grauzone des Lohndumping zu führen.

Die Beschlussvorlage ist in weiten Teilen belangloses Gerangel (Punkte 1 bis 7) oder behandelt Selbstverständliches (Punkte 9 bis 11) – da können wir uns enthalten. Der einzige Punkt (8 in der Beschlussvorlage), dem die Fraktion "Die Linken im Rat" zustimmt, heißt:

"Der Rat spricht sich dafür aus, die kommunale Trägerschaft am Klinikum Dortmund zu erhalten und eine Privatisierung zu verhindern."

Bravo SPD/Grüne – wir fürchten allerdings, dass wir Sie daran werden erinnern müssen.

Wolfgang Richter, Linkes Bündnis Dortmund, für die Fraktion "Die Linken im Rat"